



Presseschau vom 02.03.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Wir sagen von ganzem Herzen: Danke, Spiegel!**

Donnerwetter, wer hätte das gedacht? Das Nachrichtenmagazin "Spiegel", sonst kein Freund von russischen Staatsmedien, macht kostenlose Werbung für RT DE – und das in einem Artikel, der als kritischer Beitrag getarnt ist. Wir sind zutiefst gerührt und ziehen den Hut. ... <https://kurz.rt.com/2fte>

de.rt.com: **Sigmund Jähn wird die Ehrung als DDR-Kosmonaut in Halle (Saale) verweigert**

CDU, Grüne und AfD haben entschieden, den DDR-Kosmonauten Jähn – den ersten Deutschen im All – nicht länger durch die Namensgebung eines Planetariums zu ehren. Die Linke nennt das eine "unfassbar kleingeistige" Entscheidung – ostdeutsche Biografien würden nicht angemessen gewürdigt.

<https://kurz.rt.com/2fs7>

snanews.de: **Digitaler EU-Impfpass teilt die Menschen in Gesunde und angeblich Infektiöse – Buchautor Hofbauer**

Der Vorschlag von Österreichs Bundeskanzler Kurz, einen digitalen europäischen Impfpass nach Vorbild Israels einzuführen, wird von Hannes Hofbauer, dem Herausgeber des Sammelbandes „Lockdown 2020: Wie ein Virus dazu benutzt wird, die Gesellschaft zu verändern“, kritisiert. Für ihn ist es gefährlich, die Menschen in Gesunde und Kranke zu

teilen. ...

<https://snanews.de/20210302/digitaler-eu-impfpass-1107791.html>

de.rt.com: **Über eine halbe Million mehr als im Februar 2020: Arbeitslosenzahlen steigen weiter**

Mit 2.904.000 liegt die Zahl der Arbeitslosen geringfügig um 4.000 höher als im Vormonat. Saisonbereinigt ist sie um 9.000 gestiegen. Die Arbeitslosenquote lag wie im Januar bei 6,3 Prozent. Statt eines Rückgangs, wie im Februar üblich, steigt die Zahl der Arbeitslosen um über eine halbe Million an. ...

<https://kurz.rt.com/2ftr>

deu.belta.by: **Lukaschenko berichtet über Einzelheiten der Verhandlungen mit Putin und reagiert auf Mutmaßungen**

Der belarussische Präsident, Alexander Lukaschenko, hat heute in der Besprechung zur belarussisch-russischen Zusammenarbeit im Militärbereich über Einzelheiten der vor kurzem stattgefundenen Verhandlungen mit dem Präsidenten Russlands, Wladimir Putin, erzählt und auf Mutmaßungen reagiert. ...

<https://deu.belta.by/president/view/lukaschenko-erzaehlt-uber-einzelheiten-der-verhandlungen-mit-putin-und-reagiert-auf-mutmasungen-56182-2021/>

Liudmila Kotlyarova: **„Putin-Sendern“ ein Brandmal, für „Spiegel“ und Co. Geld: Facebook will Medien erstmals bezahlen**

Der US-Digitalkonzern Facebook wird eine Reihe von namhaften deutschen Medien künftig für einen Teil ihrer Nachrichteninhalte bezahlen. ...

<https://snanews.de/20210302/facebook-news-1110150.html>

abends/nachts:

snanews.de: **Slowakei genehmigt russischen Corona-Impfstoff Sputnik V**

Die Slowakei hat am Montag den russischen Corona-Impfstoff Sputnik V registriert, ohne auf die Genehmigung der EU-Aufsichtsbehörde zu warten. Dies teilte der russische Direktinvestitionsfonds (RDIF) in einer Erklärung mit.

„RDIF verkündet die Registrierung des russischen Corona-Impfstoffs Sputnik V-Coronavirus in der Slowakischen Republik. Die Slowakei ist das 39. Land der Welt und der zweite Staat in der Europäischen Union, der die Verwendung des Impfstoffs Sputnik V genehmigt hat“, so der Fonds.

Die Registrierung des Vakzins erfolgte im Rahmen einer Notfallgenehmigung (EUA) auf der Grundlage der Ergebnisse klinischer Studien mit Sputnik V in Russland und ihrer umfassenden Bewertung durch Experten in der Slowakei.

Die ersten Lieferungen des Impfstoffs in die Slowakei erfolgten am 1. März. Sputnik V ist einer der drei weltweit führenden Corona-Impfstoffe, gemessen an der Zahl der Zulassungen, die von staatlichen Aufsichtsbehörden erhalten wurden. Die Gesamtbevölkerung der 39 Länder, die den Impfstoff registriert haben, übersteigt 1,1 Milliarden Menschen. ...



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/02/03/772731_0:160:3072:1888_1280x0_80_0_0_53da8dae_f6cdf011936194d9d908ffa.jpg

vormittags:

snaneews.de: **Fall Nawalny: USA planen Verhängung von Russland-Sanktionen am Dienstag**

Die USA könnten die neuen Sanktionen gegen Russland im Zusammenhang mit dem Fall Nawalny wohl bereits am Dienstag verhängen. Dies meldet Reuters unter Berufung auf eigene Quellen.

In dieser Frage werde Washington offenbar im Rahmen der Exekutiverlässe Nr. 13661 (im März 2014 unterzeichnet - nach den Ereignissen auf der Halbinsel Krim, wo die Bevölkerung bei einem Referendum mehrheitlich für einen Beitritt zu Russland gestimmt hatte) und Nr. 13382 (von 2005, zum Kampf gegen Verbreitung von Massenvernichtungswaffen) sowie des US-Gesetzes von 1991 über die Kontrolle von chemischen und biologischen Waffen.

Zuvor hatte der TV-Sender CNN berichtet, dass sich die US-Administration vorbereite, die Sanktionen aufgrund der Situation um den russischen Blogger Alexej Nawalny zu verhängen, welche diese Woche erwartet werden. Laut Beamten erfolge die Einführung der Sanktionen in Abstimmung mit der EU.

Am Montag hatten informierte Quellen mitgeteilt, dass die ständigen Vertreter der EU-Mitgliedsländer die Einführung der neuen Sanktionen gegen Russen vereinbart hätten, die an der Verhaftung des Bloggers Alexej Nawalny beteiligt sind.

Am 22. Februar wurde berichtet, dass die EU wegen der Inhaftierung von Nawalny neue Russland-Sanktionen auf den Weg gebracht habe. Die Außenminister der EU-Staaten einigten sich bei einem Treffen in Brüssel darauf, mit den notwendigen Vorbereitungen für die Strafmaßnahmen zu beginnen, wie mehrere Diplomaten der Deutschen Presse-Agentur bestätigten. Bundesaußenminister Heiko Maas und andere hatten sich zuvor klar für neue Strafmaßnahmen ausgesprochen. ...



https://cdn.snanews.de/img/07e5/01/0d/499986_91:0:3732:2048_1280x0_80_0_0_bd824e7b78b203baa8d85ffb7dc3c112.jpg

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 01. März 2021 wurden zwei Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

21:50 Uhr Luganskoje – **Nishneje Losowoje**: Antipanzergrenatwerfer (5 Schüsse);

22:15 Uhr Luganskoje – Nishneje Losowoje: Antipanzergrenatwerfer (1 Schuss), automatische Grenatwerfer (29 Schüsse), Schusswaffen.

Informationen über Verletzte unter der friedlichen Bevölkerung und Zerstörungen werden noch ermittelt.

snanews.de: **Marokko will Beziehungen zu deutscher Botschaft abbrechen**

Marokko will die Beziehungen zur deutschen Botschaft in Rabat nach Angaben aus Diplomatenskreisen aussetzen. Der Schritt wurde in einem Schreiben des Außenministers des Landes, Nasser Bourita, an die Bundesregierung angekündigt, das die marokkanische Nachrichtenseite „Medias24“ am Montagabend veröffentlichte.

Demnach werde „jeglicher Kontakt“ mit der Botschaft ausgesetzt. Als Grund werden „tiefe Missverständnisse“ zu „grundlegenden Fragen des Königreichs Marokko“ genannt. Eine offizielle Mitteilung von marokkanischer Seite gab es zunächst nicht. Die deutsche Botschaft in Rabat war auf Nachfrage am Abend nicht zu erreichen, wie die Deutsche Presse-Agentur am Dienstag meldet. „Wir haben die Medienberichte zur Kenntnis genommen“, zitiert sie das Auswärtige Amt in Berlin. Die genauen Hintergründe für den Schritt blieben zunächst unklar. In dem Schreiben werden marokkanische Behörden gebeten, „sämtlichen Kontakt, Umgang oder kooperative Handlungen in allen Fällen und allen Formen“ zu unterbinden - sowohl mit der deutschen Botschaft in Rabat wie auch mit deutschen Organisationen, die mit der Botschaft verbunden sind. Ausnahmen müssten dabei explizit vom marokkanischen Außenministerium genehmigt werden.

Auf der Webseite des Auswärtigen Amtes werden die Beziehungen mit Marokko als „traditionell eng, freundschaftlich und spannungsfrei“ bezeichnet. Es gibt aber auch mehrere Streitpunkte zwischen beiden Ländern, wie beispielsweise die einseitige Anerkennung der Souveränität Marokkos über die Westsahara durch die USA, was von der Bundesregierung stark kritisiert wurde. Zuvor hatte Marokko bereits wütend auf seinen Ausschluss von der Berliner Libyen-Konferenz im Januar 2020 reagiert.

Westsahara war bis 1975 spanische Kolonie und wurde dann größtenteils von Marokko besetzt und annektiert.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/03/02/1100467_0:0:3072:1728_1280x0_80_0_0_220743156255a21a836f6b25294de561.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 1. März 3:00 Uhr bis 2. März 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU 2.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Donezk: Mörser 120mm - zweimal (16 Mörsergeschosse).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befand sich die Ortschaft: **Signalnoje, Staromichajlowka.**

Durch Beschuss wurden folgende Wohnhäuser und Wirtschaftsgebäude beschädigt:

- Puschkin-Straße 7, 8, 9 – Fensterverglasung beschädigt;
- Pionerskaja-Straße 6, 8, 9 – Wirtschaftsgebäude beschädigt;
- Pionerskaja-Straße 12 – Schäden durch Splitter am Tor;
- Sowjetskaja-Straße 12 – Schäden durch Splitter am Tor.

Außerdem wurde infolge von Beschuss die **Stromversorgung der Ortschaften Signalnoje und Luganskoje unterbrochen.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 16.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden vier Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snaneews.de: Minus 30 Prozent: Deutscher Export nach Großbritannien bricht ein – Statistisches Bundesamt

Nach dem Brexit sind die deutschen Exporte nach Großbritannien eingebrochen. Das geht aus vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes. Im Januar 2021 werden 30 Prozent weniger Exporte als im Vorjahresmonat erwartet.

„Für Januar 2021 werden nach ersten vorläufigen Daten für die deutschen Exporte in das Vereinigte Königreich starke Rückgänge gegenüber dem Vorjahresmonat erwartet“, heißt es in der Pressemitteilung.

Sie seien laut vorläufigen Berechnungen um etwa 30 Prozent gegenüber Januar 2020 gesunken.

Die deutschen Exporte in das Vereinigte Königreich sind demnach im Jahre 2020 um 15,5 Prozent auf 66,9 Milliarden Euro im Vergleich zu 2019 gesunken.

Das Statistische Bundesamt berichtet, dass das die höchsten Rückgänge eines Jahres im Vorjahresvergleich seit der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 gewesen seien. Es geht um einen Rückgang von 17 Prozent.

Laut dem Schreiben haben die deutschen Exporte in das Vereinigte Königreich seit 2016 stetig abgenommen. Im Jahre 2015 lagen die deutschen Exporte bei 89 Milliarden Euro. Am 23. Juni 2016 haben die Briten bei einem Referendum mit rund 52 Prozent der Stimmen für den Brexit gestimmt. Der EU-Austritt des Vereinigten Königreichs erfolgte am 31. Januar 2020. Seit dem 1. Januar 2021 ist es nicht mehr Teil des EU-Binnenmarktes und der Zollunion.



https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/18/280261_0:0:3072:1728_1280x0_80_0_0_a145ca6b8bd2377105edab06969c8720.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 2. März um 9:00 Uhr 3069 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 2608 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 272 Todesfälle.

snaneews.de: **Raketenabwehr: USA planen Experiment auf der ISS**

Eine US-Behörde entwickelt im Auftrag des Pentagons einen Algorithmus zum Aufspüren von Hyperschallraketen aus dem Weltraum. Vorerst müssen Daten für diesen Algorithmus gesammelt werden. Zu diesem Zweck wollen die USA ein Experiment auf der Internationalen Raumstation durchführen, berichtet das Portal „Spaceneews.com“.

Ein spezielles Wärmebildsystem – genannt „Prototype Infrared Payload“ – soll ab Juli auf der Internationalen Raumstation ISS Daten für das amerikanische Raketenabwehrprogramm sammeln. Erforderlich sind diese für die Entwicklung eines Algorithmus zur Identifikation von Hyperschall- und ballistischen Interkontinentalraketen im erdnahen Orbit. Zuständig für dieses Programm ist die amerikanische Space Development Agency: Die Behörde koordiniert die Entwicklungsarbeiten im Auftrag des Pentagons.

Im Juli soll das experimentale System mit dem Raumtransporter „Cygnus“ von Northrop Grumman zur ISS geflogen werden. Der amerikanische Rüstungskonzern hat von der Space Development Agency einen Auftrag im Wert von 13,8 Millionen Dollar für die Durchführung dieses Experiments erhalten.

Der Auftrag ist Teil eines Programms zur Entwicklung von weltraumgestützten Sensoren zum Aufspüren von Hyperschall- und ballistischen Raketen, an dem Northrop Grumman mitwirkt. Ziel des Programms ist laut dem Portal die Stationierung eines Verbunds von Aufklärungssatelliten in der näheren Erdumlaufbahn bis Juli 2023. Das „Prototype Infrared

Payload“ ist als Sensorsystem für diese Satelliten vorgesehen.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/03/02/1102709_0:0:1024:577_1280x0_80_0_0_cc69960b1e987ac8f32e89718b510ed3.jpg

Mzdnr.ru: Am 1. März wurden in der DVR 435 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 140 positiv, bei vier Patienten wurde die Diagnose COVID-19 klinisch gestellt. Am 2. März um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 24.554 Fälle von Coronavirusinfektion registriert.

5725 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 16.783 als gesund entlassen, es gibt 2046 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 59 Fälle von Lungenentzündung diagnostiziert, 24 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 47 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 871 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 444 mit Sauerstoffunterstützung (+20 in den letzten 24 Stunden).

snanews.de: **Minsk fordert Auslieferung von Tichanowskaja**

Das weißrussische Ermittlungskomitee hat laut einer Mitteilung vom Dienstag die Auslieferung der ehemaligen Präsidentschaftskandidatin Swetlana Tichanowskaja beschlossen.

Die 38-jährige Oppositionsführerin lebt seit Monaten im Exil in Litauen. In Weißrussland wird ihr die Gründung einer „extremistischen Formation“ zwecks „verfassungswidriger Machtergreifung“ zur Last gelegt.

„Tichanowskaja ist derzeit zur Fahndung ausgeschrieben. Dokumente für ihre Auslieferung sind in die Generalstaatsanwaltschaft überreicht worden“, hieß es von der Behörde am Dienstag.

Sie berief sich auf die Ermittler, nach denen Angaben Tichanowskaja und Menschen aus ihrer nächsten Umgebung sich am 5. August getroffen und Pläne für die Veranstaltung von Protesten in der Stadt Gomel sowie für die Besetzung administrativer Gebäude und Ersetzung der Behördenchefs mit Anhängern der Opposition besprochen haben sollen.

„Nachdem sie den Plan unterstützte, stimmte sie (Swetlana Tichanowskaja – Anm. d. Red.) zu, Geldmittel für den Ankauf von Elektroschockern, Pfeffersprays, Funkgeräten, Lautsprechern, Mikrofonen und anderen für die Begehung der Straftat geeigneten Gegenständen und Geräten bereitzustellen“, so das Ermittlungskomitee.

Es veröffentlichte außerdem ein Youtube-Video, das die Zusammenkunft zeigen soll. Darüber hinaus schrieb die Behörde, dass die Oppositionellen ehemalige Militärleute, Beamte des Innen- und Katastrophenschutzministeriums für die Verwirklichung des Plans anzuwerben

versuchten.

Die Ermittlung sei beendet worden. Die Materialien seien an den Staatsanwalt zur folgenden Übergabe an ein Gericht überreicht worden.

Proteste in Weißrussland

Der weißrussische Langzeitpräsident, Alexander Lukaschenko, war bei der jüngsten Präsidentenwahl am 9. August nach amtlichen Angaben mit mehr als 80 Prozent der Stimmen für eine sechste Amtszeit gewählt worden. Die Opposition sprach von Wahlbetrug und erklärte ihre Kandidatin Tichanowskaja zur Siegerin, die das Land verlassen musste. Auf Anregung der Ex-Präsidentschaftskandidatin gründete die Opposition einen Koordinierungsrat, der eine Machtübergabe vorbereiten soll. Gegen die Köpfe des Gremiums liefen ebenso wie gegen Tichanowskaja selbst Ermittlungsverfahren, unter anderem wegen „Verschwörung zur Machtergreifung“. Sie sind in Weißrussland und Russland zur Fahndung ausgeschrieben.

In Weißrussland gibt es seit der Präsidentenwahl regelmäßig Proteste, die von den Ordnungskräften teilweise niedergeschlagen werden. Insgesamt kamen bislang Zehntausende Demonstranten in Polizeigewahrsam. Die Europäische Union hat Sanktionen gegen Lukaschenko und andere Personen sowie gegen Unternehmen verhängt.



https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/0b/120552_0:0:2878:1619_1280x0_80_0_0_707a7295c38095f94e5d2cb059455a3f.jpg

Dnronline.su: Am 27. Februar wurde in Zchinwali ein Protokoll über Änderungen an der Vereinbarung über gegenseitige Anerkennung von Bildung und Qualifikationen zwischen Südossetien und der DVR vom Juli 2018 unterzeichnet, teilt der Pressedienst des Bildungs- und Wissenschaftsministeriums der DVR mit.

Das Protokoll unterzeichneten der Bildungs- und Wissenschaftsminister der DVR Michail Kuschakow und die Bildungs- und Wissenschaftsministerin der Republik Südossetien Natalja Gassijewa.

„Das Dokument soll die Zusammenarbeit vertiefen, insbesondere bei der Ausbildung von Kadern mit höherer Qualifikation. Dies betrifft vor allem Dozenten, Professoren und Lehrpersonal, die gleichberechtigt sowohl in der DVR als auch in Südossetien arbeiten können“, unterstrich Michail Kuschakow.

Natalja Gassijewa merkte an, dass das Dokument neue Möglichkeiten für jungen Wissenschaftler und Studierende eröffnet.

„Dieses Dokument sieht eine gegenseitige Anerkennung vor, d.h. die Gleichwertigkeit von Dokumenten vor Wir rechnen damit, dass unsere Forscher ihre wissenschaftlichen Projekte auf dem Territorium der DVR realisieren können und die Kollegen aus der DVR in Südossetien unterrichten und ihrer Tätigkeit als Professor nachgehen können“, sagte sie.

snews.de: **Kurz: Österreich will nicht mehr von EU bei Impfstoffen abhängen**

Österreich will bei Impfstoffen gegen das Coronavirus laut dem Kanzler Sebastian Kurz nicht mehr von der EU abhängen. Wie er am Dienstag in Wien erklärte, sei die Europäische Arzneimittelagentur zu langsam bei den Zulassungen für Impfstoffe.

Darüber hinaus werde Österreich eng mit Dänemark und Israel bei der Erforschung und Produktion von Impfstoffen der zweiten Generation gegen mögliche Virus-Varianten zusammenarbeiten, so Kurz weiter. Dafür wird er am kommenden Donnerstag mit der dänischen Ministerpräsidentin Mette Frederiksen und dem israelischen Regierungschef Benjamin Netanjahu treffen.

Er sei zwar froh, dass EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen so früh die Initiative zur Beschaffung von Impfstoff ergriffen habe, „wir müssen uns aber jetzt schon rechtzeitig auf weitere gefährliche #COVID19 Mutationen vorbereiten“, schrieb Kurz auf Twitter. Experten rechneten ihm zufolge damit, dass jährlich rund sechs Millionen Bürger Österreichs geimpft werden müssten.

Die Präsidentin des österreichischen Verbands der Impfstoffhersteller, Renée Gallo-Daniel, erklärte im ORF-Radio, es sei wichtig, lokal eine Impfstoffproduktion zu haben. Zwar dauerten die Errichtung oder auch nur die Umrüstung einer Produktionsstätte Monate bis viele Jahre. Es sei aber sinnvoll, längerfristig zu denken und für künftige Pandemien gerüstet zu sein.



https://cdn.snews.de/img/07e5/03/02/1106205_0:187:2979:1863_1280x0_80_0_0_c38fba23f2c4dc6714df0af130e32977.jpg

nachmittags:

snews.de: **EU verhängt im Fall Nawalny neue Russland-Sanktionen**

Die EU verhängt wegen der Inhaftierung des Kremlkritikers Alexej Nawalny Sanktionen gegen ranghohe russische Staatsfunktionäre.

Ein entsprechender Rechtsakt sei am Dienstag im schriftlichen Verfahren verabschiedet worden und solle in Kürze im EU-Amtsblatt veröffentlicht werden, erfuhr die Deutsche Presse-Agentur von Diplomaten in Brüssel.

Die Strafmaßnahmen wurden schon am vorigen Montag bei einem Treffen der EU-Außenminister auf den Weg gebracht.

Betroffen sind demnach der russische Generalstaatsanwalt Igor Krasnow und der Chef des zentralen Ermittlungskomitees Alexander Bastrykin. Zudem richten sich die Sanktionen

gegen den Chef des Strafvollzugsdienstes, Alexander Kalaschnikow, sowie den Befehlshaber der Nationalgarde, Viktor Solotow.

Zur Verhängung der EU-Strafmaßnahmen wurde erstmals ein neues, im vergangenen Jahr geschaffenes Sanktionsinstrument genutzt. Dieses ermöglicht es, in der EU vorhandene Vermögenswerte von Akteuren einzufrieren, die schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen begehen oder davon profitieren. Zudem werden unter anderem EU-Einreiseverbote verhängt. Nach Angaben aus EU-Kreisen wollen auch die USA noch am Dienstag Sanktionen wegen des Vorgehens russischer Behörden gegen Nawalny verhängen.



https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/01/46713_0:109:1920:1189_1280x0_80_0_0_225c1e94606935dae7c80d15e02d772c.jpg

deu.belta.by: **Schwed: Belarus sieht sich einem präzedenzlosen Druck von außen ausgesetzt**

Belarus sieht sich einem noch nie dagewesenen Druck von außen ausgesetzt, sagte Generalstaatsanwalt Andrej Schwed während eines Treffens mit der Belegschaft der Minsker Süßwarenfabrik Kommunarka.

Der Generalstaatsanwalt zog beim Treffen die Bilanz der 6. Allbelarussischen Volksversammlung. Er erzählte den Mitarbeitern der Fabrik über die Hauptrichtungen der sozialen, ökonomischen und gesellschaftspolitischen Entwicklung des Landes in den kommenden 5 Jahren.

„Für uns steht außer Zweifel: Im Vorjahr hat es in Belarus einen Putschversuch gegeben. Anders kann man die Ereignisse von damals nicht nennen. Das waren bewährte Technologien einer Farbrevolution, die man hierzulande in einer radikalen Form anwenden wollte. Der Druck war präzedenzlos. Aber unser Staat hat diesem Druck standhalten können – alle Sicherheitssysteme haben ihre Widerstandsfähigkeit und Lebensfähigkeit unter Beweis gestellt“, sagte Andrej Schwed. „Wir haben uns mit neuen Technologien auseinandersetzen müssen. Sie haben unsere Realität in zwei parallele Welten geteilt – eine alltägliche und reale und eine virtuelle, die wir über Telegram-Kanäle aufgezwungen bekamen. Darauf waren wir nicht vorbereitet und erhielten einen sehr schweren Schlag. Aber wir arbeiten ununterbrochen daran, neue Formen und Mittel für den Kampf gegen diesen negativen Einfluss moderner Technologien zu finden. Denn heute werden immer mehr Menschen von destruktiven Telegram-Kanälen erfasst und beeinflusst.“

Nach Meinung des Generalstaatsanwalts sind solche Treffen mit Belegschaften sehr wichtig, besonders nach der Allbelarussischen Volksversammlung, die vor kurzem in Minsk stattgefunden hat. „Wir wollen mit Menschen über Themen reden, die sie bewegen. Die 6. Allbelarussische Volksversammlung hat Weichen für die weitere Entwicklung des Staates gestellt. Es gibt keine Tabu-Themen mehr. Was die Menschen so beunruhigt, reicht von

kleinen Anliegen wie Beschäftigung und Löhne bis hin zu den globalen Fragen wie die Verfassungsreform, wirtschaftliche Entwicklung und Soziales“, sagte er. Andrej Schwed sagte, dass es verschiedene Formen gibt, Informationen auszutauschen. „Die beste Form ist aber die, wenn auf Augenhöhe kommuniziert wird. Wenn die Menschen ihren Gefühlen Ausdruck verleihen können und Antworten bekommen. Und wenn dabei diskutiert wird. Das ist sehr wichtig“, fügte er hinzu.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1614687252_56187_big.jpg

Armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 2. März 2021

Im Vorfeld des Treffens der Mitglieder der Kontaktgruppe haben die ukrainischen bewaffneten Formationen zielgerichtet mit Mörsern auf Ortschaften der Republik geschossen. **In den letzten 24 Stunden** haben die bewaffneten Formationen der Ukraine in Verletzung des zweiten Punkts der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung **zwei Feuerprovokationen** durchgeführt. So haben Kämpfer des 1. mechanisierten Bataillons der 28. Brigade der BFU auf Befehl des Kriegsverbrechers Martschenko **Staromichajlowka** mit 120mm-Mörsern beschossen und vier Mörsergeschosse abgefeuert.

Ich merke an, dass die Strafruppen ein weiteres Mal **zielgerichtet lebenswichtige Infrastrukturobjekte der Republik beschossen** haben und sich dabei hinter den Einwohnern auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium als „lebendem Schild“ versteckt haben. Es wurde festgestellt, dass das Mörserfeuer auf **Signalnoje** aus einem Wohngebiet von Slawnoje aus erfolgte, das sich im Verantwortungsbereich eines mechanisierten Bataillons der 1. Panzerbrigade der BFU befindet. Auf Befehl des Verbrechers Martschenko wurden 12 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert.

Infolge der feindlichen Beschüsse auf Signalnoje wurden acht Wohnhäuser beschädigt: Puschkinstraße 7, 8, 9, Pionerskaja-Straße 6, 8, 9, 12 und Sowjetskaja-Straße 12, die Stromversorgung von Signalnoje und Luganskoje fiel aus.

Wir rufen die Beobachter der OSZE-Mission auf, die Folgen des Mörserbeschusses der BFU auf Signalnoje zu registrieren und eine objektive Bewertung der Handlungen der ukrainischen Seite abzugeben.

Die Materialien zu den Fällen von Beschuss werden den Vertretern der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen den Kommandeur der 29. Brigade der BFU Martschenko hinzuzufügen.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen **63 Stück**

Waffen und Militärtechnik aus dem Bestand der 35., 72., 53. und 36. Brigade der BFU **in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium in den Gebieten von Konstantinowka, Nowoseljowka, Suchaja Balka, Nowoseljowka-Wtoraja, Granitnoje und Kasjanowka stationiert sind.

Die ukrainische Seite behindert weiter die Arbeit der internationalen Beobachter. So wurde festgestellt, dass, um die Entdeckung von verbotenen Waffen der 35. und 36. Brigade der ukrainischen Streitkräfte durch Drohnen der OSZE-Mission zu verhindern, Stationen „Bukowel-AD“ von mobilen Gruppen von Kompanien der elektronischen Kriegsführung der 35. und 36. Marineinfanteriebrigade im Gebiet von Shelesnok und Fjedorowka eingesetzt wurden, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission zu blockieren.

Diese Sachverhalte werden auch vom Bericht der OSZE vom 1. März 2021 bestätigt. Während in der 36. Marineinfanteriebrigade weiter eine Kommission des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ unter Leitung des Kommandeurs Sodol zu 13 Fällen von nicht kampfbedingten Verlusten, die in der Folge der Detonation eines Mörsers im Lauf und der Detonation eines Ofens in einem Dampfbad im Gebiet von Wodjanoje erfolgten, arbeitet, ist ein weiterer Vorfall aufgetreten.

Die **ungeordnete Verminung** von Örtlichkeiten durch Kämpfer der 36. Brigade ohne Erstellung von Karten von Minenfeldern sowie das fehlende Wissen über sichere Verkehrsrouten hat dazu geführt, dass eine weiteres KAMAS-Auto, in dem sich eine Verminungsgruppe aus zehn Soldaten befand, auf eine TM-62M-Mine geriet.

In der Folge der Detonation starb der Fahrer, der Obermatrose Jegorow an Ort und Stelle, neun Kämpfer wurden unterschiedlich schwer verletzt.

Hauptmann Swinartschuk und Leutnant Radsimirskij erlitten Gehirnerschütterungen und zahlreiche Splitterverletzungen.

Die Unteroffiziere Garkarow, Jemez und Makartschuk befinden sich mit Knochenbrüchen und Hirn-Schädel-Traumata in einem zufriedenstellenden Zustand.

Die Obermatrosen Sazepin, Malinowskij, Wdowitschinskij und die Militärärztin Gorunowa erlitten leichte Verletzungen.

Die Verletzten wurden in das Hospital von Mariupol eingeliefert. Bei der Untersuchung der Leiche des Fahrers Jegorow wurden im Blut Spuren von Amphetaminen gefunden.

Das Vorhandensein von Minensperren auf dem von den BFU kontrollierten Territorium im Gebiet von Schirokino ist auch mehrfach von unserer Aufklärung und Mitarbeitern der OSZE-Mission festgestellt worden. Unter anderem wurde zweimal in den Berichten der OSZE Nr. 231/2020 vom 31. Dezember 2020 und Nr. 33/2021 vom 11. Februar 2021 auf die unkontrollierte Verminung von Örtlichkeiten in der Nähe von Ortschaften durch Kämpfer der 36. Brigade verwiesen.

Ein weiteres Mal sticht der Kommandeur der 36. Marineinfanteriebrigade Gnatow überzeugend unter allen Verbänden in der OOS-Zone in Bezug auf Tote und Verletzte unter Umständen, die nicht mit Kampfhandlungen zusammenhängen, hervor. Die nicht kampfbedingten Verluste in der ihm unterstellten Brigade haben sich um weitere zehn Kämpfer erhöht und betragen allein in den letzten vier Tagen 23 Kämpfer, darunter vier Tote.

snanews.de: **Nach EU-Schritt: Auch USA verhängen Sanktionen gegen Russland im Fall Nawalny**

Die USA verhängen im Fall des inhaftierten Kremlkritikers Alexej Nawalny Sanktionen gegen Russland. Das teilten Vertreter der US-Regierung am Dienstag in Washington mit. Zuvor hatte Reuters gemeldet, dass die USA wahrscheinlich heute die Strafmaßnahmen verhängen würden.

Früher am Tag verhängte auch die EU ein Sanktionspaket im Fall Nawalny, das gegen hochrangige russische Beamte gerichtet ist.



https://cdn.snaneews.de/img/07e4/0c/01/46609_0:146:1920:1226_1280x0_80_0_0_33e592dcea9a55768fef663b119e7229.jpg

snaneews.de: „Folge dem Glitch-Karnickel!“ – BND wirbt um Hacker

Am Freitag waren im nächtlichen Berlin an verschiedenen Orten Projektionen von überdimensionalen, flimmernden Kaninchen zu sehen. Was wie eine Kunstinstallation daher kommt, ist in Wirklichkeit Recruiting: Der Bundesnachrichtendienst wendet sich mit der ungewöhnlichen Kampagne an junge Hacker, um sie auf die „richtige Seite“ zu ziehen. Der Bundesnachrichtendienst sucht händeringend nach IT-Fachkräften. Der Cyberraum birge Gefahren, die der BND erkennen und abwehren müsse, sagte BND-Präsident Bruno Kahl gegenüber der Deutschen Presse-Agentur. Um für die Bundesregierung Informationen aus Bereichen wie internationaler Terrorismus, Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, Menschenhandel, Organisierte Kriminalität und Wirtschaftsspionage zu besorgen, brauche der BND fähige Hacker. Zu diesem Zwecke hat der BND unter dem Hashtag #followtheglitchkarnickel eine hippe Kampagne gestartet. Das mit elektronischen Beats unterlegte, betont hippe Werbevideo dazu zeigt Projektionen von einem überdimensionalen, flimmernden Kaninchen, wie sie am Freitag an verschiedenen Orten in Berlin an die Wände von Gebäuden und U-Bahn-Stationen geworfen wurden.

„Um die Aufmerksamkeit dieser am Arbeitsmarkt stark umkämpften Zielgruppe zu erlangen, hat der BND bewusst einen unkonventionellen Weg eingeschlagen. Kurzfristiges Ziel der Kampagne ist die Besetzung offener Stellen. Langfristig soll der BND auch als möglicher Arbeitgeber bei der Zielgruppe insgesamt bekannter gemacht werden“, heißt es in der dazugehörigen Pressemitteilung des BND.



https://cdn.snnews.de/img/07e5/03/02/1109589_40:111:2816:1673_1280x0_80_0_0_0c98d454c54df4509cc819cb3843e59a.jpg

dan-news.info: Die Stromversorgung in Signalnoje und Luganskoje, die gestern durch Beschuss der ukrainischen Streitkräfte unterbrochen wurde, wurde innerhalb weniger Stunden wieder in Betrieb genommen, teilte das Kohle- und Energieministerium der DVR mit.

de.rt.com: **UN-Expertinnen machen Russland für "Vergiftung" Nawalnys verantwortlich**

Die mutmaßliche Vergiftung des Kremlkritikers Alexei Nawalny geht nach Einschätzung zweier UN-Expertinnen auf das Konto Russlands. Die Verantwortlichen müssten zur Rechenschaft gezogen werden, forderten am Montag die Sachverständigen Agnès Callamard und Irene Khan.

Am Dienstag verhängte die EU neue Sanktionen gegen Russland im Fall des inhaftierten Politbloggers Alexei Nawalny. Bereits am Montag hatten zwei UN-Menschenrechtsexpertinnen auf einer Pressekonferenz erklärt, dass eine internationale Untersuchung der mutmaßlichen Vergiftung Nawalnys mit dem Nervenkampfstoff Nowitschok weiterhin wichtig sei, und die dringende Notwendigkeit betont, die Wahrheit darüber herauszufinden, was mit dem russischen Oppositionspolitiker passiert ist, um die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Zugleich meinen sie jedoch, den Schuldigen in Form der russischen Regierung bereits zu kennen.

"Wir glauben, dass die Vergiftung von Herrn Nawalny mit Nowitschok absichtlich durchgeführt worden sein könnte, um eine klare, unheilvolle Warnung zu senden, dass dies das Schicksal von jedem sein würde, der die Regierung kritisiert und sich ihr widersetzt. Nowitschok wurde ausgewählt, um Angst zu erzeugen", sagten Agnès Callamard, die Sonderberichterstatterin für außergerichtliche und willkürliche Hinrichtungen, und Irene Khan, die Sonderberichterstatterin für die Förderung und den Schutz des Rechts auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung.

Die beiden UN-Expertinnen hatten im Dezember 2020 einen offiziellen Brief an die russischen Behörden veröffentlicht, der auf ihre viermonatige Untersuchung der Vergiftung Nawalnys im August 2020 folgte. Der Brief wurde nach dem Ablauf einer 60-tägigen Vertraulichkeitsklausel öffentlich gemacht. Die russische Regierung hat laut UNO bisher noch nicht geantwortet.

Die Sonderberichterstatterinnen erinnerten daran, dass toxikologische Tests, die in Deutschland, Frankreich, Schweden und von der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) durchgeführt wurden, ergeben hätten, dass Nawalny mit einer neuartigen Form des Nervenkampfstoffs Nowitschok vergiftet worden war.

"Die Verfügbarkeit von Nowitschok und das erforderliche Fachwissen im Umgang damit

sowie die Entwicklung einer neuartigen Form, wie sie in den Proben von Herrn Nawalny gefunden wurde, konnte nur von staatlichen Akteuren begangen worden sein. [...] Diese Untersuchung ist jetzt besonders kritisch, da Herr Nawalny von der russischen Regierung festgehalten wird und ihrer Kontrolle unterliegt. Wir fordern die russische Regierung auf, eine Untersuchung dieser Art zu beantragen oder zuzulassen. Wir erinnern die russische Regierung auch daran, dass sie für die Betreuung und den Schutz von Herrn Nawalny im Gefängnis verantwortlich ist und dass sie für jeglichen Schaden, der ihm zustoßen könnte, zur Verantwortung gezogen wird. Wir fordern die sofortige Freilassung von Herrn Nawalny", so die UN-Expertinnen.

Sie formulierten weiterhin, dass der Angriff auf Nawalny Teil eines breiteren, über mehrere Jahrzehnte beobachteten Trends willkürlicher Tötungen und versuchter Tötungen russischer Bürger und Regierungskritiker sowohl innerhalb Russlands als auch außerhalb des Landes sei: "Dieses Muster erfordert eine nachdrückliche und beharrliche Reaktion der internationalen Gemeinschaft, um die Grundrechte auf Leben und freie Meinungsäußerung zu schützen, die die Grundlage der internationalen Menschenrechte bilden."

Bei der UN-Presskonferenz fragte RT-Journalist Peter Oliver, warum die beiden Sonderberichterstatterinnen den russischen Oppositionellen unterstützen, wo doch Amnesty International ihm jüngst den Status eines "gewaltlosen politischen Gefangenen" aberkannt hat, weil Nawalny in der Vergangenheit "Gewalt und Diskriminierung befürwortet und diese Aussagen nie zurückgenommen hat".

"Menschenrechte stehen uns allen zu – den Besten von uns und den Schlimmsten von uns. Es gibt keine Rechtfertigung für die Menschenrechtsverletzungen, die Nawalny erlitten hat – das Recht auf Leben, das Recht, nicht gefoltert zu werden, das Recht auf freie Meinungsäußerung und politische Tätigkeit", antwortete Irene Khan. Das werde nicht beeinträchtigt durch Nawalnys Äußerungen in der Vergangenheit.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa wies im Anschluss an die Pressekonferenz darauf hin, dass die beiden UN-Expertinnen selbst erklärt hatten, dass Deutschland, Frankreich und Schweden "auf keine der sechs russischen Anfragen zum Fall Nawalny" geantwortet hätten. "Ende Januar weigerte sich Deutschland erneut, der russischen Generalstaatsanwaltschaft auf eine erneute Anfrage zu dem Vorfall mit dem Blogger zusätzliche Daten zur Verfügung zu stellen. Das deutsche Justizministerium bestätigte [der russischen Zeitung] Iswestija den Eingang des Schreibens, sagte aber, dass Russland angeblich alle Beweise habe, um ein Strafverfahren einzuleiten", erklärte Sacharowa.

Die Sprecherin machte auch darauf aufmerksam, dass den beiden UN-Expertinnen die Formel des bei dem Anschlag auf Nawalny angeblich verwendeten Nowitschoks unbekannt ist, da das Technische Sekretariat der OPCW diese auf Verlangen Deutschlands geheim hält und den OPCW-Mitgliedstaaten nicht zugänglich macht. Dennoch machen Callamard und Khan qualifizierte Äußerungen über die Beschaffenheit des bei dem Anschlag angeblich verwendeten Nowitschok.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.03/article/603d513948fbef6c4e7ff4e4.jpg>